

DER VORSITZENDE

OStD Dr. Wolfgang Schimpf, Max-Planck-Gymnasium, Theaterplatz 10, 37073 Göttingen

Herrn
Harm Rykena
AFD-Landtagsfraktion
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Göttingen d. 13.11.2018

Sehr geehrter Herr Rykena,

Sie haben als bildungspolitischer Sprecher der AFD die Niedersächsische Direktorenvereinigung zu Gesprächen eingeladen. Wir bedanken uns für die Einladung, werden sie aber nicht annehmen. Das bedarf der Begründung.

- Sie sind Vertreter einer Partei, die sich unhistorisch auf eine „jahrhundertealten Identität Deutschlands“ beruft und „ein Europa der Vaterländer“ anstrebt. Das widerspricht unserer Überzeugung vom „Wert der Völkerverständigung“ und insbesondere der „Idee einer gemeinsamen Zukunft der europäischen Völker“ (NSchG §2). Unser wichtigster pädagogischer Auftrag, zu lernen, „mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise zusammenzuleben“, ist damit nicht vereinbar.
- Sie fordern „deutsche Mehrheit und deutsche Leitkultur“ und verstärken so ein Denken in nationalen Egoismen, deren Überwindung unser zentraler Bildungsauftrag ist.
- Sie distanzieren sich explizit vom Wert der Vielfalt und wollen durch „eine familienfreundliche Politik dazu beitragen, dass mehr deutsche Kinder geboren werden“. Wir hingegen bekennen uns zum Wert von Vielfalt und Integration, wie ihn die „Ideen der liberalen, demokratischen und sozialen Freiheitsbewegungen“ und der „Geist des europäischen Humanismus“ (NSchG §2) vorgeben.
- Sie sind Vertreter einer Partei, die über ein Online-Portal unter dem Vorwand, für Neutralität politischer Bildung zu sorgen, eine Denunziationskultur schafft, die für sich genommen viel undemokratischer ist als einzelne ggf. über sie greifbare Verstöße.

Warum also sollten wir mit Ihnen sprechen?

Der politische Diskurs ist Mittelpunkt unseres demokratischen Credos. Insofern ist ein Gesprächsangebot eigentlich ein prioritärer Anspruch. Er kann aber nur eingelöst werden, wenn die Ausgangspositionen einen Austausch als wechselseitigen Klärungsprozess überhaupt zulassen. Das aber ist im Fall der AFD nicht gegeben. Ziel der Partei ist nicht Aufklärung, nicht einmal Klärung, sondern Verklärung eines diffus völkisch konnotierten Weltbilds. Sie befindet sich mit einigen ihrer bildungspolitischen Grundsätze außerhalb der Vorgaben des niedersächsischen Schulgesetzes und des Grundgesetzes. Beides ist für uns nicht verhandelbar. Schon ein Gespräch mit Ihnen wäre – nolens volens - Komplizenschaft.

Wir wünschen keine Unterstützung durch eine Partei, die Lippenbekenntnisse zum gegliederten Schulsystem abgibt, aber die Ziele gymnasialer Bildung – kritisches Denken, Respekt vor der Andersartigkeit, Autonomie – selbst nicht vertritt. Sie berufen sich ausdrücklich auf die Tradition der Aufklärung, haben aber nicht verstanden, dass Aufklärung bedeutet, letztlich auch gegen sich selbst anzudenken. Davon sind Sie weit entfernt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Schimpf'.